

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Wochentl. frei nach Ausgabe A mit illustriertem Beilage 12.75 M., Ausgabe B 11.25 M.
einschließlich Postbeitrags

Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochenenden nachm. — Sprechstunde der Redaktion: 11 Uhr bis 12 Uhr nachm.

Anzeigen: Annahme von Werbungswenigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Zeitung: 1.40 M., im Reklameteil 1.50 M., Familienanzeigen 1.80 M. — Alle unbedeutend erledigte, sowie durch Vermittler aufgegebene Anzeigen können wie die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernommen werden.

Der Sinn unserer Vorschläge

Von unserem Berliner Vertreter

Die Organe der französischen und englischen öffentlichen Meinung geben sich den Anschein, als verfülten sie unsere Gegenvorschläge überhaupt nicht. Ein diplomatischer Mitarbeiter des "Daily Telegraph" glaubt unter anderem die Frage aufzuwerfen zu können, ob es sich bei dem deutschen Angebot um "Unverschämtheit oder um Stumpfniß" handele? Keines dieser Organe gibt sich die Mühe, unsere Gegenvorschläge auf ihren tiefsinnigen Sinn und auf ihre praktische Bedeutung, vor allem auf ihre finanz- und wirtschaftspolitische Wirkung zu untersuchen. Auch die Vertreter der alliierten Regierungen selber haben sich diese Mühe nicht gemacht. Sie erklären die Gegenvorschläge, wenn die englisch-französischen Meldungen darüber richtig sind, "einsteimig als unannehmbar und sogar als indiskutabel". Man sollte es nicht für möglich halten, daß in der Kritik dieser deutscher Gegenvorschläge in der Sitzung der Allierten zum Ausdruck gebracht worden sei, daß die deutsche Seite vorgeschlagene Entschädigungssumme nicht mehr als 50 Milliarden Goldmark ausmache. Diese Darstellung gibt Zeugnis für die feiste Leichtfertigkeit, mit der unsere Vorschläge beurteilt werden. Würde man die Einzelheiten des deutschen Vorschlags nachgeprüft haben, so würde man erkennen müssen, daß wie in der Tat nicht 50 Milliarden, sondern unter Berücksichtigung der Annuitäten, der Zinszahlungen und des Rediscounts eine Summe anbietet, die sich zwischen 170 und 190 Milliarden bewegt. Wenn die Alliierten gestellt machen, daß die Gewährung einer 8-Milliarden-Anleihe für Deutschland eine Erleichterung bedeute, so daß sie um bestwilligt auf diesen Vorschlag nicht eingehen für nötig hätten, so zeigt das die Kleinlichkeit, mit welcher diese wichtigen Fragen behandelt werden. Wir haben diesen Anleihevorschlag einzige und allein aus dem Grunde gemacht, um der Entente gegenüber sofort eine unter den gegebenen Verhältnissen möglichst große Summe — es handelt sich doch für uns um etwa 100 Milliarden Papiermark! — zu bieten. Zu diesem Zwecke wollten wir einen größeren Teilbetrag der Schuld sofort mobilisieren, und wir haben dabei nichts anderes getan, als den fortgesetzten in der französischen Presse in dieser Richtung hin gesuchten Wünschen entsprochen. Es ist dabei selbstverständlich, daß wir uns auf den Betrag von 8 Milliarden nicht verbeihalten wollten. Es sollte ein Weg gewiesen werden, der nach unserer Ansicht allein gangbar ist. Wenn wir zu der Ziffer von 8 Milliarden gekommen sind, so ist das begründet in der Auffassung aller Sachverständigen, daß der Weltmarkt gegenwärtig für eine höhere Anleihe, gegen die wir an sich nichts einzuwenden hätten, gar nicht eignungsfähig ist. Die Vorteile einer derartigen Ultimatum liegen durchaus nicht allein auf unserer Seite, sondern sie liegen auch bei den Alliierten. Es ist unverständlich, daß man uns nur wegen eines Vorschlags, durch den wir den Ententeländern sofort greifbare Summen bieten wollten, in dieser Weise bekämpft, uns Vorwürfe und Tadeln unterstellt. Außerdem müssen wir gestellt machen, daß die Bedingungen dieser Anleihe für uns noch so schwer sind, daß mit positiver Sicherheit heute gar nicht gesagt werden könnte, ob wir sie risikofrei erfüllen könnten. In diesem Punkte hat es ja auch unter den Sachverständigen erhebliche Meinungsverschiedenheiten gegeben. Wie müssen beachten, daß wie neben den Zinsen für die 8 Milliarden Mark, die, wenn sie nur Prozentig wären, uns jährlich mit 400 Millionen Goldmark belasten würden, auch noch eine Annuität, eine Zahrszahlung von 1 Milliarde Goldmark auf uns nehmen müssen. Es gibt viele Sachverständige, und die besten und fähigsten unter ihnen, die der Auffassung sind, daß diese Verpflichtungen über unser Leistungsfähigkeit hinausgingen.

Über die Berechnung unserer Vorleistungen hat sich die Entente nicht geäußert. Man kann nur jetzt hören, daß diese Leistungen von deutscher Seite zu hoch angesetzt würden. Demgegenüber muß ausgeschlossen werden, daß die deutschen Berechnungen mit der größten Gewissenhaftigkeit vorgenommen worden sind, und daß selbst der "Tempo" vor kurzem das auseckte. Wenn in der Alliierungssitzung gesagt worden ist, die Deutschen hätten den Wert der ausgespielten Handelschiffe auf 7 Milliarden Mark angegeben, während die Summe nach der Schätzung der Alliierten nur 700 Millionen Mark betrage, so müssen wir entgegnen, daß es nicht unsere Schuld ist, wenn England zu einer Zeit der stärksten Krise auf dem Schiffsmarkt diese Schiffe verkaufte, und naturnächlich einen nur geringen Betrag erzielte. Auch hier war es wieder der Pariser "Tempo", der vor kurzem die Berechnung des deutschen Standpunktes anerkannte, der da hingestellt, den Wert der Schiffe zu dem Zeitpunkt der Ablieferung festzusehen.

Wenn weiter von Seiten der Entente gesagt wird, daß die "Bedingungen" über Oberschlesien nicht angenommen werden könnten, dann müssen wir immer wieder darauf hinweisen, daß

Vor der Entscheidung

Abbruch?

(Eigener Berichterichter der "Sächsische Volkszeitung")

Paris, 1. März. Die Blätter verbreiteten am späten Abend aus London die Nachricht, daß die englische Regierung ihren Widerstand in der Frage der militärischen Strafmaßnahmen gegen Deutschland aufgegeben habe. Der Abbruch der Konferenz sei wahrscheinlich. Der "Intendant" weiß bereits, daß die bevorstehenden Operationen sich in der Hauptsache gegen Mainz und Worms richten werden. Demgegenüber sollen nach Londoner Informationen der "Liberalen" folgende Ablaufnahmen bestehen: Die belgische Armee würde die Gegend von Darmstadt besetzen, die französische Armee unter Beteiligung schwacher englischer Streitkräfte, Frankfurt a. M. und wenn nötig Mannheim. Hamburg soll durch ein deutsch-französisches Flottenmaßstab blockiert werden. Entlang dem besetzten Gebiet soll eine Rollgrenze errichtet werden. Die Besetzung der ehemaligen Stadt Dortmund, Frankfurt und die Blockade Hamburg würde diese Operation einleiten. Wie in London verlautet, hätten die Alliierten sehr schwer gewogen Entschlüsse gefaßt, welche einem Ultimatum gleichkommen. Falls die deutschen Vertreter dieses Ultimatum nicht annehmen, so würden die Alliierten Zwangsmittel sofort in Anwendung bringen.

Paris, 2. März. Die Agence Havas meldet aus London: Die Konferenz hörte gestern Morgen die Darlegungen der deutschen Delegation an, die außerdem den Text der von den deutschen Sachverständigen ausgearbeiteten Gegenvorschläge vorlegte. Dr. Simons hörte die Zahlung von 50 Milliarden Goldmark zum gegenwärtigen Kurs an; hierauf sind, wie die deutsche Delegation behauptet, bereits 20 Milliarden in Form von Tilgungszahlungen abgezahlt worden. Deutschland will den Weltmarkt, also 80 Milliarden, in dreißig Jahren zahlen, unter der Bedingung, daß eine internationale Anleihe ausgegeben wird, und daß nach fünf Jahren ein Finanzabkommen abschließend wird. Lord George erklärte, daß diese Vorschläge von vollständiger Verbindung der Voraussetzung, und daß falls der Inhalt des Vorschlags im Einzelnen den von Dr. Simons hierüber abgegebenen Erklärungen entspreche, die Vorschläge weder einer Prüfung noch einer Prüfung vorliegen. Die Alliierten werden zweifellos heute ihre Antwort der deutschen Delegation bekanntgeben. Vlog Groote empfahl den Sachverständigen der Alliierten, die militärischen Sachverständigen und den Marschall Foch miteinzubeften, in ihren Hotels sich bereit zu halten, um einer Aufforderung des Vorsitzenden der Konferenz sofort Folge leisten zu können.

Paris, 2. März. Der Sonderberichterstatter der Agence Havas meldet: Das Hauptergebnis der Vormittagssitzung der alliierten Vertreter ist der einstimmige Beschuß geworden, keine weiteren Darlegungen der Deutschen über ihre Gegenvorschläge anzunehmen, die einstimmig als unannehmbar und sogar als indiskutabel erachtet worden seien. Bei Beginn der Sitzung hatt'n Doucet, Jauré und Thénard eine gebrüllte Kritik der deutschen Gegenvorschläge abgegeben. Sie hörten zuerst erklärt, die von den deutschen Vertretern vorgebrachten Entschädigungssumme betrage nicht mehr als 52 Milliarden Goldmark, da die Deutschen von der Summe von 80 Milliarden Goldmark, die sie noch zahlen wollten, 8 Milliarden vermittl. einer Anleihe aufbringen wollten, würde dies die Belastung Deutschlands noch bedeutend verschärfen. Als Rundschluß hätten die Deutschen 8 Prozent angenommen, weil dies ist ihre Berechnung vortrefflicher sei, als ein solcher von 5 Prozent. Auch an der Abrechnung der bereits geleisteten Abnahmen hätten die vereinten Minister-Kritik geführt. Besonders hätten die Deutschen den Wert der ausgelieferten Handelschiffe auf 7 Milliarden Mark angegeben, während die Summe nach alliierten Schätzungen nur 700 Millionen betrage. Die Vorschläge der internationalen Anleihe hätten die Redner als übertrieben gesehen für Deutschland bestimmt wegen der an diese Anleihe gelöste Verpflichtung. Die an letzter Stelle angeführten Bedingungen besonders über Oberschlesien seien als unverhüllte Verleugnung des Friedensvertrages bezeichnet worden ebenso die Vorschläge über Verteilung der Abnahmen in natura. Anstgedessen hätten die alliierten Delegationen, aber den deutschen Plan nicht weiter zu beraten. Morgen um 10 Uhr werden die militärischen und juristischen Sachverständigen zusammengetreten.

hier Verhältnisse vorgenommen werden. Deutschland stellt keine "Bedingungen" in dieser Frage. Was es tut, und worauf zu berufen ist, nicht nur das sein Recht sondern seine Pflicht ist, ist der Hinweis darauf, daß das Verbleiben Oberschlesiens beim Reich eine "Voraussetzung" für die deutsche Leistungsfähigkeit ist. Ebenso ist es geradezu frevoll, wenn in der Alliierter-Konferenz die deutschen Vorschläge in Sache der Naturablieferungen und auch des Wiederaufbaues als unannehmbar und indiskutabel, ja sogar als "unverhüllte Verleugnung des Friedensvertrages" bezeichnet worden sind. Wenn wir bei den Vorschlägen mitsitzen, so geschah es nur, weil wir das aufrichtigste Bestreben haben, einem von den Alliierten jedoch angesprochenen Wunsch entgegenzutreten.

Wenn man sich nun diese gegnerische Kritik unserer Gegenvorschläge vor Augen hält, so erkennt man, daß niemand in den Sinn dieser Vorschläge eingedrungen ist, ja, daß sich keiner der berufenen Faktoren damit beschäftigt, diesen Sun zu studieren.

London, 2. März. Das neutrale Büro erhält aus französischen Kreisen den folgenden Sanctionen: außerdem werden sollen, falls Deutschland die Forderungen der Alliierten zurückweist, Erhebung einer 50 prozentigen Abgabe auf deutsche nach alliierten Ländern einfallende Waren, Errichtung einer Rollgrenze, die das linke Rheinufer wirtschaftlich vom übrigen Deutschland trennt, Belagerung der deutschen Niederhafen auf dem rechten Rheinufer und schließlich als letztes Mittel Belagerungnahme der deutschen Höhe.

Entscheidung am Donnerstag

London, 2. März. Amlicher Konferenzbericht. Die führenden alliierten Delegierten versammelten sich mittags, um den Vertrag ihrer juristischen und wirtschaftlichen Rate abzugeben zu können. Gedenkt berief sich die Konferenz mit Feldmarschall Foch, Feldmarschall Wilson und anderen militärischen Sachverständigen. Die Konferenz wird ihre Beratungen heute nachmittag um 10 Uhr wieder aufnehmen.

London, 2. März. Neben die heutige Nachmittagsitzung der Alliierten wird folgender amtlicher Bericht ausgetragen: Die Alliierten haben beschlossen, die Deutschen für morgen mittag 12 Uhr in den St. James-Palast einzuladen. In der Sitzung wird den deutschen Delegierten die Antwort der Alliierten auf die deutschen Gegenvorschläge mitgeteilt werden.

Heute meldet: Auf der heutigen Nachmittagskonferenz bericht unbedingt Übereinkunft sowohl mit Bezug auf die Gegenvorschläge als auch auf die Folgen. Die Sitzung war von großer Bedeutung.

Nach einer Meldung des Sonderberichterstatters von Havas soll in der heutigen Sitzung der alliierten Delegationen Schatzminister Cambrai im Namen des wirtschaftlichen und der Finanzkommission eine Darlegung vorlegen haben, die die deutschen Gegenvorschläge untersucht hat und ihre Unannehmbarkeit beweist. Der französische Jurist Frontenac habe die Schlussfolgerung der juristischen Kommission und War Hall noch die der militärischen Sachverständigen vorgetragen. Eine Erörterung habe nicht stattgefunden. Wahrend die Sachverständigen den Sitzungssaal verlassen hatten, hätten die Regierungsbüros unter starker Verhandlung die finanziellen Sachverständigen weiter verhandelt. Die finanziellen Sachverständigen seien nun um 10 Uhr wiederum zu einer Beratung zusammengekommen.

Die Bedeutung des deutschen Angebots

Berlin, 2. März. Die "Deutsche Allg. Zeitung" berichtet in einem offiziell inspirierten Beitrag: Wenn in der deutschen Öffentlichkeit Stimmen laufen, der deutsche Zahlungsplan sei zu weitgehend, so kann ihnen gezeigt werden, daß bei der ungeheuren Verjährung des Deutschen Reiches der Verlust 50 Milliardenbetriebe anzusehen, einen gewissen Sprung ins Dunkle bedeutet. Das Blatt führt fort: Es gibt ein ganz falsches Bild, wenn man die 220 Milliarden der Pariser Verhandlungen den 50 oder 80 Milliarden des deutschen Angebots gegenüberstellt. Die 220 Milliarden sind die Summe der Jahresraten. Werden sie im Wege der Altkreditverlängerung auf den Zeitraum 1922 gehobt, so handelt es sich um 53,29 Milliarden. Berechnet man unmittelbar die Summe der Jahresraten, die die Verzinsung und Tilgung des von Deutschland einschließlich der Vorleistungen aufgebotenen Kapitals von 50 Milliarden in 30 Jahren erfordern würden, so ergeben sich 133,2 Milliarden, und wenn man von den Vorleistungen abzieht, also von 30 Milliarden aufzählt, immer noch 80,2 Milliarden, d. h. Annuitäten von 2,67 Milliarden jährlich bei einer Diskontierung (Verzinsung und Tilgung) mit 8 Prozent. Diskontiert man auf gleichem Wege wie das Pariser Arrangement, also mit der bis auf 5 Milliarden geprägten Staatsfließ in 42 Jahren, so kommt man natürlich auf 220 Milliarden. Wenn das Pariser Arrangement vielleicht eine Feststellung der Gesamtentlastung Deutschlands sein sollte und ohne destruktive Feststellung verhindert jede Verhandlung über die Abrechnungsfrage — wir möchten meinen, auch vom Standpunkte der Alliierten aus — ihrem Zweck, dann sind hinsichtlich des festen Angebots die Unterschiede gar nicht so groß. Das Blatt schließt: Deutschland würde der Abwehr seiner Vorschläge trotz des für jeden billig Denkenden starken Sachverhalts mit Muße entgegensehen, entkräften, jeder Kompromiss mit Gegenüber zu führen, auf sein gutes Recht, auf den Friedensvertrag, die einmütige Haltung zu verstreben, die die Ereignisse der letzten Woche im deutschen Volke erneut gezeigt haben.

(Siehe auch Seite 3.)

Es ist vor allem, wie bereits betont, nicht berücksichtigt, daß das Angebot von 80 Milliarden fast dieselbe Summe ergeben würde, wie sie die Alliierten fordern. Wie sind überhaupt der Meinung, daß diese bedingte Anerkennung der Gesamtsumme der Voraussetzung für die Forderungen nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich von Nutzen war. Deutschland verfügt in London eine Form zu finden, die es gestattet, diese schwierigen Fragen in einer wirklich praktischen Weise zu lösen. Da die Verhältnisse Deutschlands dabei im Vordergrund aller Erörterungen stehen muß, ist doch ganz selbstverständlich. Wenn nun fest in der englischen wie in der französischen Nordküste-Breite die Dinge so hingestellt werden, als sei an unserer Küste etwas Völkisches, als hätten wir nicht einmal ein Siedlungsgebiet, so ergibt sich aus dem Gesagten, daß diese Kritik völlig falsch ist, daß sie auf gänzlich irgendeinem Grundlagen beruht, und daß sie darum nicht anders als falsch genannt werden kann.